



# WIESBADEN



Der Vorsitzende des Ausschusses für  
Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und  
Integration

der Stadtverordnetenversammlung

Amt der Stadtverordnetenversammlung

E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)

Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden

Telefon (0611) 31-3738

Telefax (0611) 31-3902

Sachbearbeiterin: Astrid Koba

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Bürgerbeteiligung,  
Völkerverständigung und Integration
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, 10.06.2010

Vor der Ausschusssitzung findet um 16.00 Uhr die Sitzung  
des Arbeitskreises Städtepartnerschaften ebenfalls  
im Raum 304 statt,  
zu der  
Vertreter der griechischen Gemeinden Veria und Kalamata  
eingeladen sind.

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration  
am Dienstag, 15. Juni 2010, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

1. Genehmigung der Niederschrift

## 2. 10-F-25-0066

Präventionsarbeit in Wiesbaden

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.06.2010 -

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Arbeit des Präventionsrates der LH Wiesbaden sowie seiner Arbeitsgruppen zu berichten, insbesondere zu folgenden Aspekten:

- Zusammensetzung und beteiligte Akteure
- Arbeitsschwerpunkte
- lokale kriminalpräventive Projekte
- Initiativen im Bereich der Suchtprävention
- bereits erzielte Ergebnisse.

## 3. 10-F-01-0054

Muslimische Bestattungen

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.06.2010 -

Das Ritual der Bestattung dient vorrangig der Trauerbewältigung der Angehörigen. In unterschiedlichen Kulturkreisen gibt es dafür eigene Formen. Im Islam gibt es genaue Regeln für die Bestattung, so muss der Leichnam nach einer Waschung noch am Sterbetag, eingehüllt in Leichentücher, also ohne Sarg, in Richtung Mekka blickend, in „jungfräulicher“ Erde, in der noch keine Bestattungen vorgenommen wurde, begraben werden.

In Deutschland kollidieren die islamischen Bestattungsbräuche mit den rechtlichen, meist staatlichen Regeln einer Gesellschaft mit christlicher Tradition. Dennoch entstanden ab Ende der 1990er Jahre islamische Gräberfelder auf deutschen Friedhöfen, z.B. in München.

*Der Ausschuss möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten zu berichten, welche Möglichkeiten es in Wiesbaden für Bestattungen nach muslimischem Brauch gibt.

Ferner soll er einen Überblick darüber geben, ob und wie in Wiesbaden bereits eine Kooperation mit der Friedhofsverwaltung stattfindet, um die oben beschriebenen Bestattungsregeln einzuhalten bzw. welche Planungen es für die Zukunft hierzu gibt.

## 4. 10-F-06-0030

Neonazi-Aufmarsch am 08. Mai 2010 in Wiesbaden-Erbenheim

- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 08.06.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge hinsichtlich des Neonazi-Aufmarsches am 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitler-Faschismus in Wiesbaden-Erbenheim folgende Fragen beantworten:

1. Welche Erkenntnisse liegen dem Magistrat vor über antisemitische, rassistische und vom Recht auf freie Meinungsäußerung nicht gedeckte, volksverhetzende Äußerungen (Parolen, Spruchbänder usw.) von Personen, die am Neonazi-Aufmarsch teilnahmen, insbesondere vom Hauptredner der Neonazi-Kundgebung?
2. Wurde seitens der Ordnungsbehörden gegen solche volksverhetzenden Äußerungen vorgegangen? Wenn ja, in welcher Weise?
3. Hat der Magistrat Kenntnisse über die Verwendung von verbotenen NS-Symbolen (z. B. auf Kleidungsstücken) im Zusammenhang mit dem Neonazi-Aufmarsch in Wiesbaden-Erbenheim am 8. Mai 2010?
4. Wenn ja, wie wurde seitens der Ordnungsbehörden gegen die Verwendung solcher verbotenen NS-Symbole vorgegangen?
5. Gab es eine Kontaktaufnahme mit dem Ortsbeirat oder dem Ortsvorsteher von Erbenheim vor dem Zurverfügungstellen des bewohnten Innenbereiches von Erbenheim für den Neonazi-Aufmarsch?
6. Wann informierte der Magistrat den Ortsbeirat bzw. den Ortsvorsteher von Wiesbaden-Erbenheim, dass der Neonazi-Aufmarsch im Innenbereich von Erbenheim - vorbei an "Stolpersteinen" zum Gedenken an von Nazis ermordete jüdische Mitbürger/innen - stattfinden soll? Wann wurde der Ortsbeirat über Route und Redner des Neonazi-Aufmarsches informiert?
7. Wie haben Erbenheims Ortsbeirat und Ortsvorsteher auf die Nachricht reagiert, dass am 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus ein Neonazi-Aufmarsch durch Erbenheim stattfinden soll?

## 5. 10-F-25-0064

Demonstration vom 8. Mai

- gem. Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 08.06.2010 -

Im Nachgang zu den beiden Demonstrationen, die am 8. Mai in Wiesbaden stattgefunden haben, ist von verschiedener Seite das Vorgehen des Magistrates als örtliche Versammlungsbehörde sowie der Polizei, zum Teil in massiver Form, kritisiert worden.

Der Ausschuss wolle daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, über die Anmeldeverfahren im Vorfeld und die Geschehnisse im Verlauf der beiden Demonstrationen zu berichten. Dabei sind insbesondere die Maßnahmen von Versammlungsbehörde und Polizei und deren Veranlassung darzustellen. In diesem Zusammenhang ist auch darzulegen, welche Maßnahmen zum Schutz der "Stolpersteine" veranlasst wurden und ob diese ausreichend waren.

**6. 10-F-06-0033**

Projektidee zur Integration  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 09.06.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten die vom Leiter des Beteiligungsprojektes „Knast trotz Jugendhilfe?“ Arnd Richter vorgeschlagene Projektidee zur Integration zu unterstützen und die Projektidee bis zum Schuljahresbeginn 2010/2011 den Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden bekannt zu machen.

Der Magistrat möge prüfen, welche materielle Mittel bereit gestellt werden können um das Projekt zu unterstützen.

**7. 10-F-06-0034**

"Google Street View"  
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 09.06.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- auf der städtischen Homepage Informationen und einen Musterwiderrspruch zu „Google Street View“ zu hinterlegen, die sich Bürgerinnen und Bürger herunterladen können.
- im Rathaus, im Bürgerbüro (Luisenforum) und in den Ortsverwaltungen Sammelwiderrspruchlisten auszulegen, in die sich Bürgerinnen und Bürger eintragen können.
- Vorbereitungen zu treffen, die ggfs. eine Sammelklage von Bürgerinnen und Bürgern erleichtern.

**8. 10-F-25-0027**

**DL 19/10-2**

Anfertigung und Veröffentlichung von Fotos von Straßenzügen und Häuseransichten durch Google für den sog. Street-View-Dienst  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 16.03.2010 -  
**HIER:** Bericht zum Antrag aus der Stadtverordnetenversammlung, evtl. ergänzende Unterlagen als Tischvorlage

**9. 09-F-01-0057**

Sachstand Städtepartnerschaften

**10. BERICHT DER DEZERNENTIN: dazu**

**10.1 10-A-21-0001**

Wiesbadener Integrationsgespräche

**10.2 Modellregion Integration**

**11. 10-V-30-0008**

**DL 18/10-5**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk III Wiesbaden-Bierstadt

**12. 10-V-30-0009**

**DL 18/10-6**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk III Wiesbaden-Bierstadt

**13. 10-V-30-0010**

**DL 19/10-7**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk I

**14. 10-V-30-0011**

**DL 20/10-3**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk II (Wiesbaden-Biebrich)

**15. VERSCHIEDENES**

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Spallek  
Vorsitzender